ZD 599

Nr. 1 * * * 32. Jahrgang

Berlin, den 2. Januar 1926

Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0/50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. – Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 0/50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0/10 Goldmark – Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Die herzlichsten Glückwünsche zum Jahreswechsel

den Mitgliedern und Freunden des Verbandes, den Lesern und Mitarbeitern der „Solidarität"

Verbandsvorstand / Redaktion der „Solidarität"

Sturmzeichen.

Für das neue Jahr haben wir kein gutes Wetter zu erwarten, der Wirtschaftshimmel ist düster und trüb, manche Anzeichen deuten auf Sturm. Wir werden uns daher entsprechend einrichten und Vorsorge treffen müssen, damit uns ein böses Unwetter nicht unvorbereitet findet und wir Schaden an unserer Gesundheit nehmen. In dem engeren Wirtschaftsgebiet, da wir graphische Hilfsarbeiter heimisch sind, lacht auch kein Sonnenschein, Wolkenfetzen fliegen am grauen Himmel, und ein böser Wind pfeift uns um die Ohren. Wir müssen unser Haus dicht machen, die nötigen Reparaturen sofort vornehmen, eine sichere Zufluchtsstätte ist der beste Schutz vor den Unbilden des Wetters. Die müssen wir uns schaffen, wir könnten uns sonst leicht den Schnupfen holen.

Wieso, das wird mancher fragen, sieht es denn so trüb im graphischen Gewerbe aus? Viele werden bezweifeln, daß die gewerbliche Lage im Buch- und Steindruckgewerbe so besorgniserregend ist, wie sie von den Unternehmern dargestellt wird. Der große Betrieb hat wohl einigermaßen nachgelassen, doch sind das keine Erscheinungen, die uns Angst einjagen brauchen. So ist es auch, und so denken auch die Unternehmer, bei denen wir beschäftigt sind. Aber den Arbeitern gegenüber müssen sie anders tun. Das hat bestimmte Gründe, die wir uns bei einigem Nachdenken leicht erklären können. Zuerst einmal müssen sie mit den Wölfen heulen, sie müssen, weil sie sonst in der Gemeinschaft der Unternehmer aus der Reihe tanzen würden und einen scharfen Ordnungsruf zu erwarten hätten. Die Unternehmer Deutschlands haben als Parole ausgegeben, es geht der gesamten Wirtschaft schlecht und kein Gewerbe hat dabei eine Ausnahme zu machen. Diesem Gebot haben sich die Unternehmer im graphischen Gewerbe zu fügen, und sie tun das nicht einmal ungern, weil sie bestimmt dabei gute Geschäfte machen können. Ihre Hörigkeit vom Gesamtverband der Unternehmer bringt ihnen etwas ein, darum folgen sie willig den Parolen. Auf jeden Fall können sie auf die Löhne der bei ihnen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen drücken, sie niedrig halten und sogar Anträge auf Lohnabbau stellen. Diese gerissene Taktik bringt etwas ein, bei den letzten Verhandlungen im Buchdruckgewerbe haben wir das gesehen. Die Unparteiischen im Zentralschlichtungsamt haben ihren Spruch nicht etwa damit begründet, daß die wirtschaftliche Lage im Buchdruckgewerbe keine Lohnerhöhungen gestattet — davon steht nichts geschrieben —, die schwierige Lage im gesamten Wirtschaftsleben macht eine Lohnerhöhung unmöglich, heißt es in dem salomonischen Urteil der drei unparteiischen Herren. Was so ein richtiger Unternehmer ist — und die Unternehmer, mit denen wir zu tun haben, sind „richtig" —, kann aus allen Blüten Honig saugen. Er verweist darauf, wie schlecht es den andern geht und wie schlecht es ihm vielleicht auch einmal gehen kann, und findet volles Verständnis bei andern, die von der Wirtschaft ebenfalls etwas verstehen. Bekanntlich gehört zum vollen Verständnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge immer eine abgeschlossene Hochschulbildung, und da wir Arbeiter die nicht haben, fehlt uns nach Ansicht der Unternehmer der sogenannte wirtschaftliche Weitblick.

Gleich zu Beginn des neuen Jahres werden wir Hilfsarbeiter mit den Herren Unternehmern des Buchdruckgewerbes eine Auseinandersetzung haben, die den gekündigten Reichstarif betrifft. Die Herren verspüren wieder gute Konjunktur, wie vor zwei Jahren, so ist ihnen auch diesmal der Reichstarif untragbar. Sie möchten ihn beseitigen, und wir ihn behalten und verbessern. Bei diesen Gegensätzen werden unsere Vertreter nur dann mit Aussicht auf Erfolg operieren können, wenn ihnen genügend Schutz und Hilfe durch die Mitglieder wird. Wir werden über die kommenden Verhandlungen noch manches zu sagen haben, heute soll nur gezeigt werden, daß das Barometer für das kommende Jahr auf Sturm steht.

Die Unternehmer von der andern Fakultät, vom Steindruck, sind den Buchdruckereibesitzern immer über gewesen. Sie beweisen auch diesmal wieder ihre Ueberlegenheit durch ihre Anträge für die kommenden Lohnverhandlungen. Gegen diese Herren sind die Unternehmer im Buchdruckgewerbe fast Waisenknaben; sie lieben den fröhlichen Krieg und geben sich nie zufrieden, wenn nicht ein Dutzend Betriebe jährlich, und nicht die kleinsten, bestreikt werden. Sie haben auch diesmal zu Neujahr ihre Kriegserklärungen hinausgeschickt und fordern einen Lohnabbau, nicht zu knapp natürlich. Daß sie unter mehreren Orten auch Berlin und Leipzig mobil machen wollen, zeigt von ungebrochener Kampfeslust und beweist, daß die Herren aufs Ganze gehen wollen. Das kann ja eine nette Rauferei werden, deren Ausgang wir den Unternehmern schon heute verraten können. Wie oft sind die Herren, zumal in Leipzig, verprügelt worden, so daß man annehmen könnte, sie müßten eigentlich genug haben. Aber nein, sie steigen immer wieder in den Ring und raufen so lange, bis ihnen die Puste ausgeht. Diese Herren werden, so fürchten wir, nicht einmal durch Schaden klug werden. Doch lassen wir ihnen das Vergnügen, die Kollegen und Kolleginnen stehen in den Kampforten schon bereit und werden bestimmt keine schlechten Gegner abgeben. Wir sehen also auch Sturm an diesem Himmel.

Unsere Freunde im Schriftgießereigewerbe sind die alten geblieben, sie haben die Hilfsarbeiter und erst recht die Hilfsarbeiterinnen besonders ins Herz geschlossen. Sie sind die großen Verhandlungstaktiker; ehe bei ihnen eine Vereinbarung Rechtskraft bekommt, vergehen Monate. Ist dann aber wirklich ein Abschluß zustande gekommen, erscheint der große Außenseiter in Leipzig auf dem Plan und erbittet für sich extra eine Tracht Prügel, die er auch immer prompt erhält. So war es, so ist's gewesen und so wird's auch im neuen Jahre sein. Es bläst auch aus dieser Ecke, so daß wir für 1926 vollauf zu tun haben, uns warm zu halten. Da heißt es eben sich fleißig regen, die Kollegen und Kolleginnen werden ja wissen wie.

Nun müßte zum Schluß eigentlich wieder der große Aufruf kommen zum Zusammenhalt mit vereinter Kraft usw. Fällt uns gar nicht ein. Wem die kurzen Andeutungen für das Jahr 1926 nicht genügen, wer nun noch nicht weiß, wie er sich verhalten soll und was er oder sie zu tun hat, dem ist überhaupt nicht zu helfen. Er bleibe ruhig hinter dem Ofen liegen und schlafe weiter, es wird auch ohne ihn gehen, nur wundern darf er sich nicht, wenn ihm eines Tages das Dach einstürzt und er unsanft aus seinen süßen Träumen gerissen wird. Dann soll er aber auch allein aufbauen; wer in entscheidender Stunde nicht unser Freund und Bundesgenosse ist, kann uns, wenn es ihm dreckig geht, ebenfalls gestohlen bleiben, wir rühren dann kein Bein für ihn. Das mögen sich die Schmarotzer merken. Unser Verband wird den kommenden Stürmen trotzen, seine Mitglieder sind verläßliche Leute, die wissen, was sie wollen. Wir begrüßen hoffnungsvoll das neue Jahr. Ohne Kampf kein Sieg, und den wird uns das Jahr 1926 bringen.

1926

Mag uns ein Jahr auch Uebles bringen:
Uns schrecken seine Schrecken nicht.
Wir schwingen uns mit jungen Schwingen
Ins neue Jahr, ins neue Licht.

Mag uns ein Jahr ein Bollwerk nehmen:
Wir ruhen nicht in stiller Bucht.
Ein Sturz kann unsre Kraft nicht lähmen,
Denn wir verdoppeln ihre Wucht.

Mag uns ein Jahr Errungnes rauben:
Wir holen es mit Zins zurück,
Denn nichts erschüttert unsern Glauben
An ein gerechteres Geschick.

Mag uns ein Jahr zu Boden schlagen:
Wir springen federnd wieder auf
Und sammeln ohne Furcht und Zagen
Uns zu erneutem Siegeslauf.

Mag uns ein Jahr die Tage dunkeln:
Das Morgenrot ist uns gewiß,
Denn unsre Siegessterne funkeln
Auch in der tiefsten Finsternis.

Mag uns ein Jahr des Drangs mißglücken:
Wir meistern Angriff und Gefahr
Und schreiten über Hoffnungsbrücken
Vom alten in das neue Jahr.

V. K.

Abkommen im Buchdruckgewerbe.

Zwischen dem

Deutschen Buchdrucker-Verein, e. V.
einerseits und

1. dem Verband der Deutschen Buchdrucker,
2. dem Gutenbergbund,
3. dem Verband der Graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands,
4. dem Graphischen Zentralverband

andrerseits, wird

folgendes Abkommen getroffen:

1. Auf Grund des Schiedsspruchs des Zentralschlichtungsamts vom 16. Dezember wird der zurzeit gültige Spitzenlohn von 48 Mk. für die Zeit vom 2. Januar bis 28. Februar 1926 als fortlaufend festgesetzt.

2. In Ergänzung des genannten Schiedsspruchs wird vereinbart: Wird das Abkommen nicht drei Wochen vor Ablauf gekündigt, so verlängert es sich jeweils mit der gleichen Kündigungsfrist um zwei Monate.

Berlin den 18. Dezember 1925.

Deutscher Buchdrucker-Verein, e. V.
Sternheim. Dr. Woelck.

Verband der Deutschen Buchdrucker.
Jos. Seitz. Otto Krautz.

Gutenbergbund.
Paul Thränert.

Verband der Graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.
E. Pucher. Ernst Hornke.

Graphischer Zentralverband.
Ad. Hornbach.

Rückblick und Ausblick zur Jahreswende.

Der unermeßliche Strom der Zeit entführt wieder ein Jahr ins Meer der Vergangenheit. Wie kein anderer Chronist ist gerade der Gewerkschaftsredakteur verpflichtet, an der Schwelle eines Jahres Rückblick zu halten, den zurückgelegten Weg zu überschauen und nach vorwärts die Augen zu richten, auf daß er sich über die Schwierigkeiten der neuen Etappe klar ist. Wie auch die Zeiten vorüber gleiten mögen, wie sich auch die Verhältnisse gestalten mögen: auch in der Zukunft wird Kampf das Losungswort bilden. Ist er auch nicht immer der Vater aller Dinge, so ist er doch ein unbedingtes Erfordernis im Weben und Streben der Menschheit nach oben, um Licht und Luft der großen Masse der Bevölkerung.

Das Jahr 1925 war ein Kampfjahr wie kein anderes. Wenn in einigen Monaten die Hauptkassierer der Verbände ihre Abrechnung des verflossenen Jahres abschließen, dann wird man feststellen können, daß die Hauptposten der Ausgaben in den Rubriken Lohnbewegungen und Kämpfe für die Arbeitszeit liegen. 1925 wurden gewerkschaftliche Großkämpfe ausgefochten, wie selten in einem Jahr zuvor. Wir erinnern nur an den Kampf in der Holzindustrie, der chemischen Industrie und im Baugewerbe. Das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit war in diesem ganzen Jahr von Anfang bis zu Ende gespannt. Wenn im Jahre 1924 die Arbeiterschaft infolge der durch die Inflation herbeigeführten Schwäche der Gewerkschaften manche Niederlage stillschweigend aber zähneknirschend einstecken mußte, so hat sich das im Jahre 1925 wesentlich geändert.

Die oben erwähnten Kämpfe haben das am deutlichsten in Erscheinung treten lassen. Die Holzarbeiter sind Sieger geblieben, die Fabrikarbeiter konnten nicht besiegt werden und die Baugewerkschaften konnten diesen mit aller Hartnäckigkeit und Schärfe geführten Kampf ebenfalls mit einem Siege beenden, obwohl zum Schluß das gesamte Unternehmertum in Industrie, Handel und Banken sich zu gemeinsamen Tun verbunden hatte. Die Lohnsätze von heute verglichen mit der am Anfang 1925 beweist, daß die Kraft der

20 R

Gewerkschaften im Jahre 1925 ungeschwächt zum Wohle der Arbeiter verwandt werden konnte.

Aber auch sonst war das verflossene Jahr reich an Zwischenfällen im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit. Neben anderem wurde zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften ein Denkschriftenkrieg ausgefochten. In der bekannten Denkschrift an die Reichsregierung vom 12. Mai wandten sie sich in erster Linie gegen die Schlichtungsinstanzen und gegen sogenannte Lohntreibereien. In welcher Art die Unternehmer ihre Denkschrift abzufassen beliebten, dafür nur einen kleinen Beweis: „Wir stellen die Forderung an die Reichsbank, gemeinsam mit uns darauf hinzuwirken, daß auch Maßnahmen vermieden werden, die zu Kreditrestriktionen und Einschränkung des Zahlungsmittelumlaufs führen müssen. Zu diesen Maßnahmen gehören in erster Linie die fortgesetzten Lohntreibereien."

Anschließend hieran wurde die Mär verbreitet, daß Lohnerhöhungen zur Inflation führen. Die Presse der Unternehmer hat mit einem Behagen den Spießern diese falsche Behauptung beizubringen versucht. Der Bundesausschuß des ADGB. wies diese Bauernfängerei in einer Sitzung vom 12. Juni scharf zurück. In der betr. Entschließung hieß es u. a.: „Deutschland krankt nicht an einer für seine Wirtschaft gefährlichen Entwicklung der Löhne und Arbeitszeit der Arbeitnehmer, sondern an dem Streben der Unternehmer, sich selbst möglichst jedem persönlichen Opfer zu entziehen und einseitig den Arbeitnehmern die Last des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft aufzuerlegen."

An die Aktennotiz wollen wir nur kurz erinnern. Die Geschwätzigkeit des Herrn Dr. Meissingers hatte das Gute, daß die Politik des Reichsarbeitsministeriums einmal ins Licht gerückt wurde. Das RAM. bildete im letzten Jahre oft die Zielscheibe der Unternehmer im Kampfe gegen jeden Fortschritt. Namentlich das Schlichtungswesen, wie es vom RAM. ausgeübt wird, war und ist den Unternehmern ein Dorn im Auge. Dem RAM. wurde auch deshalb von Unternehmerseite so gegrollt, weil es unter dem Drucke der Gewerkschaften den Achtstundentag der Hochofen- und Kokereiarbeiter eingeführt hatte.

In der ersten Hälfte des verflossenen Jahres war den Unternehmern der Kamm nicht zuletzt deshalb so geschwollen, weil sie glaubten, die Wahlsiege der Reaktion würden Wunder bewirken. Im Dezember hatte der reaktionäre Flügel des Reichstages ziemliche Erfolge zu verzeichnen. Und die Reichspräsidentenwahl hob gar einen Hindenburg in den Sattel. Was Wunder, daß die Unternehmer ungeduldig wurden, als die Wirkungen der politischen Siege ausblieben. Sie hatten ihr Geld bei den Wahlen umsonst geopfert, das tat ihnen weh.

Aber in anderer Beziehung wirkte sich die Neuorientierung im politischen Leben aus. Hierbei denken wir vor allem an die Zoll- und Handelspolitik. Die Vorkriegszölle wurden mit einigen Aenderungen wieder in Kraft gesetzt. Es stand als Folge hiervon eine gewaltige Preiswelle in Aussicht, was den damaligen Reichskanzler Luther veranlaßte, schon am 8. August eine Preissenkungsaktion für den 1. Oktober in Aussicht zu stellen. In dieser befinden wir uns noch heute. Ein Erfolg derselben war nur darin zu erblicken, daß die Preise anläßlich der Einführung der Zölle nicht ins Ungemessene stiegen. Dies lag aber letzten Endes nur daran, weil eine reichliche Weltgetreideernte den Preis für das Brotgetreide zu senken vermochte. Es gelang der Regierung nicht, die Preise der industriellen Erzeugnisse ins Wanken zu bringen. Eine überspannte Kartellierung und andere Maßnahmen verhinderten dies. Man kann auf den Fortgang der Preissenkungsaktion auch noch über den Jahreswechsel hinaus gespannt sein.

Eine politische Begebenheit allerersten Ranges wickelte sich noch gegen Schluß des Jahres ab. Das war der Abschluß der Verträge von Locarno und deren Unterzeichnung in London. Es war eine bürgerliche Regierung, das darf nie vergessen werden, die Verträge von derartiger Tragweite mit den ehemaligen Kriegsgegnern Deutschlands abschloß. Der Frieden der Welt wurde mit dem Abschluß dieser Verträge nicht unwesentlich gefördert. Die Regierung Luther stolperte über diese Verträge, dennoch sollen sie auch an dieser Stelle als ein gewaltiger Fortschritt für den Weltfrieden registriert werden.

Im Jahre 1925 fand auch ein Gewerkschaftskongreß statt. Die Breslauer Tagung ist noch so frisch in Erinnerung, daß wir nur daran erinnern brauchen. In ihrem Verlauf war diese Tagung ein Beweis der Neukonsolidierung der Gewerkschaftsbewegung. Die Verhandlungen wurden mit Ruhe und Sachlichkeit geführt, was die Frankfurter Zeitung zu folgendem Urteil veranlaßte: „Man darf den ruhigen Verlauf der Verhandlungen wohl als ein äußeres Zeichen starker Geschlossenheit, keineswegs als müde Resignation abgekämpfter Arbeiterorganisationen denken." Diesem Urteil eines bürgerlichen Blattes braucht nichts hinzugefügt zu werden.

Rein wirtschaftlich gesehen war das Jahr 1925 ein Jahr der Krise und der Umwälzungen. Hätte man am Anfang zu ahnen vermocht, daß im Zeitraum weniger Monate der Stinneskonzern der Geschichte angehört, daß dieses alte Industriehaus in der zukünftigen Entwicklung als Faktor vollständig ausgelöscht sein wird? Doch nicht allein dieser Konzern, sondern auch andere seiner Art wurden von der Höhe einstiger Macht in ein Nichts hinabgeschleudert. Dafür setzte in der Industrie eine andere Zusammenballung ein, die nach der horizontalen Richtung ging, aber mehr Erfolg verspricht als jene Gebilde, die im Nebelschwaden der Inflation aus dem Boden wuchsen. Rationalisierung, Arbeitsteilung auf größter Stufenleiter usw. waren die Mittel, die man zur Gesundung der Wirtschaft 1925 energisch in Angriff nahm. Dazu sollte auch der horizontale Zusammenschluß dienen.

Wohin man auch blickte: ein bunt bewegtes Leben im verflossenen Jahre. In all den brodelnden und zuckenden Bewegungen war eins klar ersichtlich: ohne eine starke Gewerkschaftsbewegung würde die Arbeiterklasse in diesem revolutionären Zeitalter, wenn auch nicht zugrunde gegangen, wohl aber um Jahre zurückgeworfen sein. Die Gewerkschaften haben sich dank einer regen Initiative und einer klugen Taktik prächtig geschlagen. Es ist kein Zeichen dafür vorhanden, daß sich die Verhältnisse im neuen Jahre ändern werden. Deshalb erwächst auch im neuen Jahre allen Kopf- und Handarbeitern die Pflicht, mit allen Mitteln an der Stärkung der Gewerkschaftsbewegung tätig zu sein. Diese nüchterne und anspruchslose Bewegung hat sich als der widerstandsfähige Hort der Armen und Bedrängten erwiesen. So wird es auch wohl im neuen Jahre bleiben. Der Weg, den wir zu gehen haben, ist also vorgezeichnet.

Die Forderungen des ADGB. zur Wirtschaftskrise.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschafts-Bund hat sich in seiner Ausschußsitzung am 9. Dezember mit der schweren Wirtschaftskrise beschäftigt. Die einstimmig angenommene Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Durch die augenblickliche Wirtschaftskrise sind bereits mehr als eine Million Arbeiter völlig aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet und weitere große Massen nur noch teilweise beschäftigt. Die Gewerkschaften haben unablässig und schon zu Zeiten, als die wirtschaftlichen Voraussetzungen günstiger waren, die Vereinigung der Wirtschaft von allen parasitären Gebilden und überflüssigen Kosten gefordert. Das ist leider erfolglos geblieben. Das Unternehmertum hat die Vereinigung der Wirtschaft nur im Abbau der Sozialpolitik, in der Entlassung von Arbeitnehmern, in einer Niedrighaltung der Arbeitslöhne und Verlängerung der Arbeitszeit gesehen. Geblieben sind die überflüssigen Unternehmerexistenzen, die viel zu vielen Direktoren, leitenden Beamten und Aufsichtspersonen, der Leerlauf ungenutzter Produktionsmittel, die viel zu hohen Handelsspesen und Zwischengewinne sowie die unerträglich hohen Geldzinsen.

Während auf der einen Seite die Kaufkraft der Massen abgedrosselt wurde, unterblieb auf der anderen Seite die notwendige und mögliche Senkung der Preise. Das Mißverhältnis zwischen Kaufkraft und Warenpreisen mußte zu einer Absatz- und damit auch zu einer Produktionskrise führen. Aus dieser Erkenntnis geht mit vollkommener Klarheit hervor, daß diese Krise nicht behoben werden kann durch eine weitere Senkung der Löhne und der Kaufkraft der noch Arbeitenden, sondern daß dies im Gegenteil unfehlbar zur Verschärfung und Verlängerung der Krise führen müßte. Zur Gesundung der Wirtschaft ist die Hebung der Kaufkraft der breiten Masse ein unbedingtes Erfordernis. Nichtsdestoweniger mehren sich die Meldungen, daß Unternehmer die gegenwärtige Notlage dazu ausnützen, unter Androhung der Entlassung willkürlich Lohnkürzungen vorzunehmen.

Aus sozialen und allgemein volkswirtschaftlichen Gründen legt der Bundesausschuß gegen diese Versuche schärfste Verwahrung ein und fordert bei dem gerechten Abwehrkampf alle mögliche Unterstützung der Oeffentlichkeit und der Behörden. Der Bundesausschuß verschließt sich nicht der Erkenntnis, daß neben den Fehlern und Versäumnissen der inneren Wirtschaftsführung krankhafte Erscheinungen in der Weltwirtschaft und besonders der europäischen Wirtschaft die deutsche Wirtschaftskrise verschärfen. Statt durch die Herstellung einer europäischen Wirtschaftseinheit eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung in allen Ländern zu schaffen, werden um die einzelnen nationalen Wirtschaften Zollmauern errichtet und erhöht. Der Wahnsinn dieses Beginnens wird durch die gleichzeitige Krise in den verschiedenen Ländern Europas aufs anschaulichste illustriert.

Die Gewerkschaften richten an die Reichsregierung das dringende Verlangen, energisch und führend die Pläne einer wirtschaftlichen Vereinigung der europäischen Länder zu fördern. Den Opfern der durch eine verfehlte Wirtschaftsführung hervorgerufenen Krise die Lebensmöglichkeit zu sichern und ihre Arbeitskraft zu erhalten, ist ein unbedingtes soziales sowie volkswirtschaftliches Gebot.

Die bisher vom Reichstagsausschuß beschlossene Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung kann den tatsächlichen Bedürfnissen in keiner Weise genügen. Neben einer ausreichenden Unterstützung völlig Arbeitsloser ist auch Kurzarbeitern eine solche zu gewähren. Ferner sind die den Bezug von Unterstützung vielfach einschränkenden Bestimmungen der heute noch bestehenden Regierungsverordnung über Erwerbslosenfürsorge zu ändern bzw. zu beseitigen. Der produktiven Erwerbslosenfürsorge müssen von Reich und Staat die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Arbeitslosen mit wirtschaftlichen Notstandsarbeiten umfassend zu beschäftigen. Für die Durchführung von Notstandsarbeiten, Vergebung von Arbeitsaufträgen und Arbeitsbeschaffung ist ein enges Zusammenarbeiten aller Reichsämter, der einzelnen Länder und Gemeinden notwendig. Um eine klare Rechtsgrundlage der künftigen Erwerbslosenfürsorge zu schaffen, ist eine beschleunigte Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes unerläßlich.

Zum endgültigen Reichswirtschaftsrat.

Durch die Verfassung ist uns, den Arbeitern und Angestellten, die volle Gleichberechtigung im Staate zugesichert. Die Einrichtung der Betriebsräte war der erste Schritt zur Mitwirkung und Mitbestimmung im Wirtschaftsleben. Aufbauend sollten die Bezirkswirtschaftsräte folgen und das Ganze vom Reichswirtschaftsrat gekrönt werden. Bekanntlich liegt nun endlich ein Entwurf zur Bildung des endgültigen Reichswirtschaftsrates vor, über den bereits berichtet wurde.

Aber alles was von der Arbeiterschaft verlangt wird, muß von den Unternehmern bekämpft werden. Einige Aeußerungen seien hier registriert. In der „D.B.Ztg." vom 5. Dezember tritt Dr. Otto Hugo, M. d. R. und Syndikus der Industrie- und Handelskammer Bochum, auf. In einer längeren Betrachtung kommt er zu dem Schluß, „daß der Reichswirtschaftsrat keine für unser wirtschaftliches und politisches Leben notwendige und zweckmäßige Organisation darstellt".

Die Niederrheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel beschäftigte sich in einer Vollversammlung ebenfalls mit diesem Gegenstand. Die Kammer kam nach einem Bericht des Syndikus und Oberbürgermeisters Dr. Most einstimmig (!) zu der Auffassung, „eine Steigerung der Qualität in den Leistungen des Reichswirtschaftsrates sei für die Zukunft nicht zu erwarten, solange nicht eine grundsätzliche Umgestaltung erfolge. Sie verspricht sich von der Schaffung eines endgültigen RWR. für die Gesamtwirtschaftsinteressen keine wesentliche Förderung".

Auch die Essener Ortsgruppe der „Vela" (Vereinigung der leitenden Angestellten) nahm zu dem Entwurf Stellung. Die Vela zählt in ganz Deutschland vielleicht einige tausend Mitglieder. Und was meinen die? Der Gesetzentwurf sei eine große Gefahr für das Allgemeinwohl. Der Ausschluß der Vela von den Verhandlungen des Reichswirtschaftsministeriums mit einigen Organisationen stelle einen unverantwortlichen Bruch der von der Regierung zu wahrenden Neutralität dar." Zum Schluß sind die Velaleute der Meinung, daß ohne ihre Mitarbeit im Reichswirtschaftsrat keine erfolgreiche Arbeit geleistet werden kann...!

Im Strome der Zeit.

Wieder ist ein Jahr dahin. Wir können es nicht zurückholen. Es ist dahingeflossen in das Meer der Vergangenheit, und ein neues Jahr beginnt — ebenfalls hinzufließen in das Ewig-Unendliche des Gewesenen.

Wie auf einem Schifflein treiben wir auf diesem Strom der Zeit. Wir leben und streben, und sie rinnt und rinnt, unermüdlich. Wir möchten sie oft halten, aber sie geht ruhig dahin. Wir möchten sie oft treiben, aber sie fließt in ihrem ewigen Takt.

Dennoch aber soll der Mensch auch ein Herr sein der Zeit. Wohl beugen wir uns vor dem unfaßbaren Gedanken dieses Ewigen, das Zeit ist, vor diesem Unendlichen, in das wir endlich gespannt sind, doch sind wir nicht auf immer ihr Spielball. Wir wollen sie zwingen. Sie rinnt, doch wir wollen sie fassen. Sie fließt dahin, doch wir wollen sie fließen lassen in dem Bette der Zeit, das wir ihr bestimmt.

Wie war sie so roh, so kalt, so lieblos in all der Vergangenheit, in der Menschen lebten. Sie ist dunkel und schwer und trostlos, solange der Mensch die Zeit nicht zu zwingen vermag. Die Zeit ist nur roh, wenn der Mensch roh ist. Und der Mensch ist roh, solange das Leben ihn roh macht. Die Gestaltung des Lebens schafft die neue, die schöne, die soziale Zeit.

Wieder ist ein Jahr dahin. Wieder ist eine Welle dieser unendlichen Zeit geflossen. Ueber dich hinweg? Kann sie dahin, ohne zu branden an einem starken, bewußten Willen, der sie in deinem Sinne vorwärts zum Neuen und Guten zwang?

Wer untätig und schwächlich dem Geschehenen sich fügt, der ist ein Knecht nur der Zeit. Den reißt sie dahin mit sich ins Gewesen, und es ist, als hätte er nie gelebt.

Aber wer kämpft, wer das Leben bildet und mit Menschen fühlt und ringt, der ist auch Gestalter der Zeit. Der ist ihr Herr, und sie kann nicht rinnen ohne an ihm vorbei.

Dunkel und ernst rollt uns die Woge des neuen Jahres entgegen. Wie soll sie uns finden? — Sie soll schlagen an eine starke Brust. Sie soll einig finden uns alle, die wir wollen eine neue Zeit. Hart gehts auf hart. Kampf steht gegen Kampf, Macht gegen Recht. Sie will errungen sein, die neue Zeit. Es ist eine schwere Aufgabe, der Träger einer Zeitenwende zu sein — und doch eine so schöne.

Zeit und Zahl.

Das Jahr wird nach astronomischen Gesetzen bestimmt. Schon alte Kulturen hatten aus dem Laufe der Gestirne die Zeit berechnet und eingeteilt. Zeit und Zahl sind untrennbar, seit man die Zahl zur Einteilung des Lebens gefunden, und weil die Zahl so eng mit dem Leben verbunden war, darum zu allen Zeiten diese Sorgen und Schrecken, die man der Zahl andichtete. Die Zahl wurde zum Aberglauben. Das Wesen der Zahl wurde entstellt. Die Zahl als solche hat natürlich nichts Schreckliches. Die Zahl ist nur der Ausdruck der großen Gesetzlichkeit alles Geschehens. In dieser Art spielt sie auch in der modernen Philosophie noch eine Rolle, und es ist ein Wissenschaftler, der Vertreter des neukantischen Idealismus, Hermann Cohen, der schreibt: „Wiederum zeigt sich Pythagoras als der ewige Führer: die Zahl ist das Sein."

Wir wissen, daß sich das Weltgeschehen „nach ewigen, ehernen, großen Gesetzen" vollzieht. Noch nicht aber kennen wir die Bedeutung, die die Zahl hierbei als Gesetzlichkeit spielt. In ganz bestimmten Perioden läuft so oft das Geschehene ab. So vermutet man Perioden von Tätigkeit und Ruhe in den Explosionen der Sonne, Perioden, die in ganz bestimmter Dauer einander ablösen, und darum auch in ganz bestimmter Dauer das Leben der Erde bestimmen.

Als ganz besonders wichtige Periodenzahl hat man seit langer Zeit die Zahl 7 beachtet, und nach Prof. Hellpachs Ausführungen auf dem Naturforschertage in Innsbruck ist die Sieben-Jahr-Periode in Goethes Leben und Dichten, die zuerst von Möbius nachgewiesen wurde, jetzt einwandfrei festgestellt. Einstweilen haben wir hier noch eine vereinzelte Erscheinung. Auch ist eine kosmische Sieben-Jahr-Periode noch nicht mit Sicherheit erkannt, doch ist eine 28tägige Periode erwiesen. Wir finden sie nicht nur in der tierischen und pflanzlichen, sondern auch in der geistigen Welt. Wie weit diese irdischen Perioden auf kosmische Gesetzmäßigkeiten zurückzuführen sind, ist noch nicht festgestellt. Arrhenius z. B. vertritt die Mondgebundenheit epileptischer Anfälle, wie er auch für die Menstruation das Wirkungsmittel in der mondbestimmten luftelektrischen Periode sieht.

Trotzdem wir heute mehr zu einer 28tägigen Periode als zur Anerkennung der 7 neigen müssen, spielte die 7 seit den babylonischen Zeiten eine große Rolle, und einen Rest dieser Verehrung der 7 finden wir noch heute darin, daß jeder 7. Tag uns der Ruhetag ist. Der 7., 14., 21. und 28. Tag des Monats galten schon den Babyloniern als die Tage, die heilig waren und an denen keine Arbeit verrichtet werden durfte, weil diese Arbeit unheilbringend sein sollte. So griff das Magische der Zahl auch bestimmend in das Arbeitsleben hinein.

Andererseits aber ist der Begriff der Zahl aus dem Arbeitsleben heraus geworden. Wenn primitive Völker die Zahl 2 gefunden haben, so haben sie sie gefunden „nicht durch die bloße Erscheinung der Dinge, wie sie etwa die paarigen Organe des Körpers darboten" (v. d. Steinen). Aus der Tätigkeit heraus mußte die Erkenntnis der 2 gewonnen werden. Die grundlegende Erkenntnis der Zahl wurde erarbeitet. „Die Tätigkeit des Zerlegens war immer dieselbe, die Dinge wechselten beliebig so kam man dazu, von ihrer Natur abzusehen und hatte die Abstraktion der Zahl 2. Aber nur durch die Tätigkeit war sie gewonnen".

Die Entwicklung, die die Zahl von der Erkenntnis der 2 bis zur modernen Mathematik und Statistik genommen hat, ist ein Triumphzug des menschlichen Geistes. Sie ist aber auch ein Triumphzug der Erkenntnis, daß Ordnung

So klingt es allerwegen im deutschen Blätterwalde. Ein sonderbarer Widerspruch, wenn man auf der einen Seite immer und immer wieder lesen muß, daß die deutsche Arbeiterschaft (natürlich einschließlich der Angestellten und Beamten) nur unmögliche Forderungen stellt, und nirgendwo ernsthaft am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft mitarbeiten will, und hier? Wir sollen jedenfalls daraus erkennen, daß die deutschen Unternehmer nicht wollen, ja, daß sie diese Mitarbeit fürchten! Sie wollen uns nicht mitarbeiten lassen, wir sollen keinen Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse gewinnen, wir dürfen nicht mitarbeiten, denn sonst könnten wir uns ja eines Tages einarbeiten und dann wären sie, die „Herren der Wirtschaft" — überflüssig!

Wer bisher die Tätigkeit der Handelskammern beobachtet hat und ihren gewaltigen Einfluß auf die Regierungskreise kennt, der muß mit uns arbeiten und streben, daß wir dort als Gleichberechtigte einziehen und mitwirken, ebenso wie im Reichswirtschaftsrat, trotz und alledem!

Die soziale Bewegung in Deutschland im Jahre 1925.

Die Reinigungskrise, welche als notwendige Folge der Inflation die deutsche Wirtschaft durchzumachen hat, hat auch der sozialen Bewegung Deutschlands im Jahr 1925 den Stempel aufgedrückt. Es galt zu verhindern, daß die notwendige Umstellung der Wirtschaft allein auf Kosten der Arbeitnehmer vorgenommen wurde. Bei der Steuerpolitik, der Aufwertungsgesetzgebung, bei der Zoll- und Handelspolitik, mußte die Arbeiterschaft ihre Kräfte für die Abwehr der ungleichen Lastenverteilung einsetzen. Die soziale Bewegung war daher eng verknüpft mit der wirtschaftlichen und der politischen Bewegung.

Was zunächst die

Löhne

anbelangt, so hinkten sie seit der Währungsstabilisierung noch hinter der Preissteigerung her. Besonders da die Steigerung der Agrarpreise und der Mieten für die breiten Massen die Möglichkeit, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, einschränkte, mußten größere Lohnbewegungen eingeleitet werden, die im allgemeinen zu Erhöhungen der Löhne führten. So waren besonders von Erfolg begleitet die Lohnkämpfe der Bauarbeiter, welche Lohnerhöhungen bis zu 34 Prozent erzielten und am Schluß des Jahres auch die Beibehaltung der Sätze während der Wintermonate durchsetzen konnten, und auch der 11 Wochen währende Streik der Schriftgießer, der eine 10prozentige Lohnsteigerung brachte. Die meisten Lohnkonflikte wurden aber durch Kompromisse beendet, welche teilweise ungenügende Lohnerhöhungen vorsahen, zumal da die Schlichtungsausschüsse unter Hinweis auf die Preisabbauaktion der Regierung vielfach die Lohnforderungen drosselten. So schlossen die Lohnkämpfe im Bergbau, in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, in der bergischen, mitteldeutschen und hannoverschen Metallindustrie, in der bayerischen, sächsischen und hannoverschen Textilindustrie und andere mit Teilerfolgen ab. Dagegen konnten die Gemeinde- und die Reichsarbeiter und auch die Arbeiter der chemischen Industrie Mittel- und Süddeutschlands keine nennenswerten Lohnerhöhungen erreichen. In vielen Fällen konnten die Konflikte nur durch Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen beigelegt werden. Im Durchschnitt jedoch stiegen die Nominalstundenlöhne bei den gelernten Arbeitern von 77,0 auf 92,2 Pfennig, d. h. um 20 Prozent, bei den ungelernten von 54,9 auf 64,5 Pfennig, d. h. um 17½ Prozent; jedoch weisen einzelne Arbeitergruppen, z. B. die Bergarbeiter, geringere Lohnsteigerungen auf. Gegen Ende des Jahres mehren sich infolge der rückläufigen Konjunkturbewegung die Bestrebungen zur Senkung der Löhne, während die Arbeiter wegen der bevorstehenden Mietensteigerung (bis April nächsten Jahres soll die Friedensmiete erreicht sein) Lohnsteigerungen anstreben müssen. Ueberhaupt keine wesentliche Erhöhung ihrer Bezüge konnten die Beamten des Reiches, der Reichsbahn und Reichspost, der Banken und des Versicherungsgewerbes erzielen. Ihre Forderungen wurden mit dem Hinweis auf die eingeleitete Preisabbauaktion abgewiesen, deren Scheitern die Notwendigkeit der Erhöhung der Gehälter aufs neue in den Vordergrund schiebt.

Neben dem Steigen der Löhne ging aber auch ein fast ununterbrochenes Anwachsen der

Kosten der Lebenshaltung

einher. Während der Index im Februar 1925 (im Januar kam die neue Indexberechnung noch nicht zur Anwendung) auf 135,6 stand, erhöhte er sich bis August auf 145,0, d. h. um 7 Prozent und zeigte dann nur einen geringen Rückgang bis auf 141,4 im November, so daß von Februar bis November eine Steigerung von mehr als 4 Prozent bestehen blieb. Dabei blieben zwar die Bekleidungskosten ziemlich stabil, aber die Ernährungskosten stiegen um etwa 3½ Prozent und die Mietpreise zeigten die gewaltige Erhöhung von 24½ Prozent. Diese Steigerung der Lebenshaltungskosten trifft die breiten Massen deshalb um so mehr, weil sie zusammenfällt mit einer Verschlechterung des Beschäftigungsgrades.

Zunächst nämlich zeigte der

Arbeitsmarkt

bis Mitte des Jahres im allgemeinen Verbesserungen: im Januar kamen auf 100 offene Stellen noch 403 männliche Arbeitsuchende, im Juni nur noch 190. Eine langsame Konjunkturbelebung, verstärkt durch das saisonmäßige Anschwellen des Bedarfs an Arbeitskräften in der Landwirtschaft und den Außengewerben zeitigte diese Entwicklung. Mitte des Jahres jedoch kam diese Bewegung zu einem Stillstand, zuerst im Rheinland und in Westfalen. Die Krise im Bergbau und in der Schwerindustrie führte zu Feierschichten, Kurzarbeit und Entlassungen, und diese Bewegung verstärkte sich gegen Ende des Jahres immer mehr. Die Zahl der Vollerwerbslosen, die von nahezu 600 000 im Januar auf 195 000 am 1. Juni zurückgegangen war, betrug im Dezember wieder mehr als 600 000. Der saisonmäßige Ausfall von Arbeitsgelegenheiten verschärft diese Entwicklung.

Dazu ist bei dem fast völligen Erlahmen der

sozialpolitischen Tätigkeit

noch immer nicht das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung verabschiedet worden. Der vorliegende Entwurf ist vor allem in den Bestimmungen über die Pflichtarbeit, die Kurzarbeiterunterstützung, die Unterstützungsdauer, die Selbstverwaltung usw. verbesserungsbedürftig. Verbesserungen, welche bei der Erwerbslosenunterstützung durchgesetzt werden konnten, heben die Notwendigkeit eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes nicht auf. An neuen Bestimmungen über die Sozialversicherung sind weiter zu erwähnen die Neuregelung der Unfallversicherung (diese tritt jetzt auch bei gewerblichen Berufskrankheiten ein), die Erhöhung der Sätze der Invalidenversicherung bei gleichzeitiger Erhöhung der Beiträge, der Entwurf einer Novelle zum Reichsknappschaftsgesetz, nach welchem der Fehlbetrag in der Knappschaftskrankenversicherung ausgeglichen werden soll durch Verminderung der Leistungen der Pensionsversicherung. Vor allem ist auf dem Gebiet der Sozialversicherung der Kampf um die Angestelltenversicherung zu erwähnen: Nachdem im März die Leistungen der Angestelltenversicherung teilweise erhöht worden waren, wurde einige Monate später eine Novelle angenommen, welche die Leistungen, aber auch die Beiträge um ein Drittel erhöhte und die Versicherungspflichtgrenze auf 6000 Mk. heraufsetzte. Noch sehr umstritten sind die Forderungen der Vereinheitlichung der Krankenversicherung und die Gesetzentwürfe über die Arbeitsgerichte, über den endgültigen Reichswirtschaftsrat und der Entwurf eines Arbeitsvertragsgesetzes. Verabschiedet, jedoch noch nicht verkündigt, wurde eine Novelle zur Fürsorgeverordnung, welche eine Besserstellung der Sozialrentner bringt. Im Wohnungswesen hat das vergangene Jahr keine wesentliche Besserung gebracht. Da die Mietabgaben nicht voll für Wohnungsbauten verwendet werden, ist die Bautätigkeit sehr gering geblieben. Die Aufwertungsgesetze haben den Kreis der Bedürftigen, deren Forderungen aufgewertet werden sollen, viel zu eng gefaßt. — So blieben wichtige sozialpolitische Forderungen unerfüllt, in allererster Linie die Ratifikation des Washingtoner Abkommens über die Arbeitszeit und die Verabschiedung eines Arbeitszeitgesetzes.

Die

Arbeitszeitfrage

spielte im vergangenen Jahr auch in den Arbeitskämpfen eine — wenngleich gegenüber dem Vorjahre geringere — Rolle, so in den Konflikten im Bergbau, in der Schwerindustrie, in der Glasindustrie, im Bau- und Verkehrsgewerbe. Seit 1. April ist für die Hüttenarbeiter der Achtstundentag in Kraft. Jedoch wurde diese Verordnung teilweise von den Unternehmern zu sabotieren versucht, teilweise durch Ausnahmebestimmungen durchlöchert, so besonders für die oberschlesischen Hochofenwerke und Kokereien. Auch gelang es vorerst noch nicht, für die Glasofenarbeiter der Weißglasindustrie den Achtstundentag zu erlangen.

Die

Gewerkschaftsbewegung,

welche nach Ueberwindung der Inflationsschäden wieder im Erstarken begriffen ist, stand in diesem Jahre im Zeichen der Vereinheitlichungsbestrebungen. Eine große Anzahl von bemerkenswerten Zusammenschlüssen sind erfolgt, durch welche die Schlagkraft der gewerkschaftlichen Aktionen erhöht werden soll: der deutsche Eisenbahnerverband vereinigte sich mit der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten, die deutsche Postgewerkschaft gliederte sich die Abteilungen Post und Telegraphie des Verkehrsbundes an, die Arbeiterunion, Gruppe Bergbau ist in dem Alten Bergarbeiterverband aufgegangen, der Verkehrsbund und der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter schlossen mit dem Einheitsverband der Eisenbahner einen Vertrag zur gegenseitigen Unterstützung. Auf dem diesjährigen Gewerkschaftskongreß des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes in Breslau stand im Vordergrund die Frage der Vereinheitlichung der Bewegung unter dem Schlagwort: Berufsverband oder Industrieverband. Sie wurde durch ein Kompromiß gelöst, nach welchem von zwangsmäßiger Schaffung der Industrieverbände abgesehen werden soll.

E. T.

Streikende Familienväter.

In „Arbeit und Wirtschaft", dem Organ der Gewerkschaftskommission Oesterreichs, lesen wir:

„Während des Streiks in Donawitz sprach dort Genossin Anna Grünwald in einer Frauenversammlung. Es galt die Arbeiterfrauen aufzumuntern, damit sie ihren Männern das Ausharren im Streik nicht erschweren möchten. Einer solchen Aufmunterung bedurften besonders die Frauen der Unorganisierten, deren Männer natürlich eine geringere Streikunterstützung bezogen als die organisierten Arbeiter. Die Wirkung der Rede wurde erheblich vermehrt durch die Verlesung eines Briefes, welcher von den Frauen der Bergarbeiter in Wartberg angelangt war. Diese Frauen schrieben, daß sie in höchster Spannung den Verlauf des Donawitzer Kampfes verfolgen, leider aber infolge der niedrigen Löhne ihrer eigenen Männer kein Geld zur Unterstützung des Streiks schicken können. Zugleich aber kündigten sie eine größere Sendung Kartoffeln an, die sie zu ihrem eigenen Gebrauch in ihren Schrebergärten gezogen hätten.

Die Rede der Genossin Grünwald und der rührende Beweis von Solidarität, den die Wartbergerinnen gaben, versetzten die versammelten Frauen in flammende Begeisterung und sie versicherten einmütig, mit allen Kräften und unter allen Umständen im Kampfe ausharren zu wollen. Sodann aber meldete sich eine Frau zum Wort, um den Vertreter des Streikkomitees zu fragen, ob es nicht möglich wäre, daß die Unterstützung der Unorganisierten statt in Geld in Lebensmitteln ausbezahlt würde. Der Genosse wies auf die technische Undurchführbarkeit der geforderten Maßregel hin. In diesem Falle, meinte die Interpellantin, sollte wenigstens ein Alkoholverbot erwirkt werden, denn es gäbe Männer, welche die karge Unterstützung vertrinken, während Weib und Kinder hungern müssen. Der Vertreter des Streikkomitees entgegnete, daß sich die Genossen vergebens an die Regierung gewendet hätten, um ein solches Verbot durchzusetzen, es sei für unnötig befunden worden. Er schlug vor, daß Frauen, die fürchten müssen, daß ihre Männer das Geld vertrinken würden, die Streikunterstützung selbst beheben sollen. „Dann werden wir zu Hause geprügelt," wendete eine andere Versammlungsteilnehmerin ein. Die Referentin war durch diese Schmerzenslaute hungernder und sorgenbelasteter Mütter so tief erschüttert, daß sie, als sie unmittelbar nach Schluß der Versammlung aufgefordert wurde, von dem Balkon des Hauses aus zu den versammelten Streikenden zu sprechen, sich nicht enthalten konnte, auch der Aeußerungen zu gedenken, die von jenen verzweifelten Frauen gemacht worden waren. Von allen Seiten ertönten nun Pfuirufe, um das Verhalten einzelner Kollegen zu brandmarken, die ihre Pflichten als Familienväter so schnöde vernachlässigten. Einige Genossen hatten

---

der große Gedanke alles Geschehens ist. Und wenn wir auch das Periodische in der Gesetzlichkeit des Geschehens noch nicht kennen, es unterstützt nur die Erkenntnis, daß alles Geschehen nach ganz bestimmten Gesetzen sich vollzieht und daß des Menschen höchste Erfüllung die ist, auch selber das ganze Zusammenleben bewußt nach Plan und Ordnung zu gestalten.

Zwei Apachen.

Von Charles Louis Philippe.

Sie hatten soeben den Bericht der vierfachen Hinrichtung gelesen. Hätten Bébert und Loulou zu den ehrlichen Leuten gehört, sie würden wie viele andere gedacht haben: „am liebsten hätten wir sie selbst guillotiniert." Aber sie gehörten zur anderen Partei, und sie dachten:

„Ihr glaubt, daß ihr uns einschüchtert durch den Tod. Wir werden euch zeigen, daß uns der Tod nicht schreckt."

Uebrigens kamen sie sich beide sehr geringfügig vor, verglichen mit den eben Hingerichteten. Obwohl sie zwanzig Jahre alt waren, hatten sie noch kein Strafregister aufzuweisen, und wenn sie noch ein Jahr so verbrachten, würden sie ihren Militärdienst nicht einmal in den afrikanischen Bataillonen verrichten, wie alle Männer, zu welchen sie aufblickten.

Sie saßen beim Absinth in einer Bar. Loulou wollte keinen Augenblick länger an sich halten. Am Nebentisch hatten sich drei Beamte Rotwein servieren lassen. Ihnen wollte Loulou sofort zeigen, daß ihm nicht bange war. Er griff nach dem Glas mit Rotwein, das am nächsten stand, und obwohl es ihm seinen Absinth nur verderben konnte, leerte er es auf einen Zug.

Leider kam es zu keinem Streit. Die Beamten waren so überrascht, daß sie ihren Augen nicht trauten. Als ihnen die Sache klar wurde, hatte sich Loulou schon den Mund mit der Hand gewischt, und öffnete geruhsam die Tür, um zu gehen. Bébert folgte ihm.

Uebrigens wären sie fast umgekehrt. Hinter ihnen erscholl ein mächtiges Gelächter. Aber sie zögerten nur einen Augenblick; alles in allem waren das Leute, auf die man pfiff.

Sie kamen zum Boulevard Sébastopol. Es schlug acht Uhr. Auf den Straßen war das Acht-Uhr-Abend-Publikum zu sehen.

Sie sahen etwas, das sie für einen Augenblick belustigte. Sie kamen vor einem Schuhladen vorbei, und ihr Auge hing sich an die aufgetürmte Ware. Hutlos, in seiner grünen Schürze, und seinen Staubwedel führend, hielt der Besitzer darüber Wacht. Sie nahmen die Gelegenheit wahr: Loulou pflanzte sich vor ihm auf, und mit einem kühnen Fußtritt mitten in die Schuhkörbe hinein, ließ er wohl ein Dutzend Paare auf das Pflaster fliegen. Der Verkäufer sah alsbald, mit wem er es zu tun hatte. Er wagte kein Wort und las seine Schuhe schweigend auf. Loulou warf ihm entgegen:

„Mir macht keiner bange, wissen Sie!"

Jeder befühlte das Messer in seiner Tasche.

Sie führen ja keine Klappmesser, wie man immer glaubt. Es würde zu lange dauern, wollte man das Messer öffnen. Ihre Waffe bestand in einem breiten Messer, das in einem Holzgriff stak, und dessen Spitze, damit die Taschen nicht rissen, einen Stöpsel trug. Sie machten sich nichts aus Revolvern. Es ist ja kein Verlaß darauf, und man erreicht nicht immer sein Ziel. Das offene Messer ist schrecklicher: beliebig zu gebrauchen, und dann ist da etwas in der Gegend des Handgelenkes, das nie versagt: Der Mut des Mannes, der es zieht.

Sie erreichten das Boulevard St. Michel um halb neun Uhr. Viele Leute hatten schon zu Abend gegessen und ergingen sich etwas im Freien, bevor sie die Sticklust des Cafés aufsuchten. Es waren ihrer so viele, daß an manchen Kreuzungen der Verkehr stockte. Bébert und Loulou drangen in den Haufen ein, wie sie ihn nannten. Ihre Schultern waren ihnen dabei dienlich und versetzten Stöße nach allen Seiten. Es war ihnen, als zögen sie, mit der Hand in der Tasche das Messer haltend, mit großen Messerstichen geradewegs auf die Studenten los.

An andern Stellen, wo der Zudrang geringer war, kreuzten sie sich mit einem Ehepaar, dessen Züge sie betrachten konnten. Dabei trugen sie einen neuen Sieg davon: Durch ein lautes Aufstoßen, so recht mitten in die Gesichter der beiden hinein, zeigten sie ihnen mit aller Macht, daß sie, Bébert und Loulou, zwei Männer waren, welche taten, was ihnen beliebte.

Sie gingen mit großen hallenden Schritten ihres Wegs. Wohin gingen sie? Sie wußten es nicht. Dorthin steuerten sie, wo Bébert und Loulou Herr über die Gesetze geworden, als zwei stolze Helden auf die Großtaten herabsehen würden, welche sie vollführt hatten.

„Sieh da, sie wollen die Apachen umbringen," sagten sie.

Bébert und Loulou würden es ihnen schon zeigen! Und in ihrer Phantasie griffen sie schon dem Schicksal vor. Sie sahen sich schon nach vollbrachter Tat im Gefängnis und draußen vor den Mauern der heulende Haufe derer, welche, von ihren Messerstichen gezeichnet, durch ihr Geschrei bewiesen, daß sie die Männer nicht vergaßen, von welchen sie gebändigt worden waren.

Vor der Statue von Gallieni-Carenton trafen sie einen Polizisten. Er stand mit gekreuzten Armen in seinen Rohrstiefeln da, und hatte neben sich eine kleine Dienstmagd, mit der er scherzte. Sie glaubten in ihm denjenigen zu sehen, der eines Tages ihre Verhaftung vornehmen würde. Sie verübelten es ihm in keiner Weise. Sie sahen ihn mit einem aufmunternden Lächeln an. Die kleine Magd war niedlich. Ihre Blicke kreuzten sich mit denen des Polizisten. Sie lächelten wieder. Sie lächelten dem Manne zu, der eines Tages, indem er sie durch die Gefängnispforte brächte, das Werkzeug ihres Ruhmes sein würde.

„So, so, sie wollten die Apachen um die Ecke bringen!" wiederholten sie.

Sie gingen ein Stück weiter und erblickten einen Betrunkenen. Die Beine versagten ihm, sein Kopf schien bei

allerdings den Eindruck, daß diejenigen, die Grund hatten, sich getroffen zu fühlen, am allerlautesten in das Pfui einstimmten und das könnte schon zutreffen, denn Feigheit pflegt ja mit Pflichtvergessenheit einherzugehen.

Die organisierte Arbeiterschaft sollte sich diesen Vorfall zur Lehre dienen lassen und es nicht, wie das nur zu oft geschieht, als eine Privatangelegenheit jedes Arbeiters ansehen, in die niemand dreinzureden hat, wenn er seine Kinder hungern läßt, um dem Trunke zu frönen. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß ein solcher Arbeiter genau so gut ein Schädling seiner Klasse ist, wie ein Streikbrecher und daß er darum genau wie ein solcher von seinen Kameraden behandelt werden müßte. Läuft doch die Wirkung seines Verhaltens in letzter Linie auf Streikbruch hinaus. Wenn die so mühsam und unter so schweren Opfern angesammelten Fonds, aus denen die Streikunterstützungen bezahlt werden, zu einem Teil für Alkohol vergeudet werden, und manchen Arbeiterfamilien dadurch der notwendigste Lebensunterhalt fehlt, so muß unbedingt die Widerstandskraft der Streikenden vor der Zeit erschöpft werden. Wer dürfte ein armes Weib verdammen, wenn sie das Jammern der hungernden Kinder nicht mehr ertragen kann und darum den Mann ansteht, die Arbeit wieder aufzunehmen? Verächtlich ist nur der Familienvater, der sie durch ein unmenschliches Verhalten um alle Widerstandskraft gebracht hat. Der Arbeiter, der die Streikunterstützung nicht redlich mit Frau und Kindern teilt, schädigt die Sache des Proletariats so sehr, daß er als Streikbrecher angesehen und aus den Reihen seiner anständigen Kollegen ausgeschlossen werden müßte.

Th. Sch.

Aus den Zahlstellen.

Köln. Am 19. Dezember fand im Volkshause eine Vormittagsversammlung für unsere erwerbslose Kollegenschaft statt mit anschließender Auszahlung der Weihnachtsunterstützung. In einem kurzen Referate schilderte Kollege Heilmann die wirksame Tätigkeit unserer Organisation wie der Gewerkschaften im allgemeinen auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge. Ausgehend von dem Beschlusse des 2. Gewerkschaftskongresses in Berlin im Jahre 1896, der den Organisationen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung empfahl, wies er an der Hand der Jahresbücher des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die gewaltigen Leistungen nach, die bisher für die erwerbslose Arbeiterschaft aufgebracht worden seien. Aber nicht allein auf diesem Gebiete sei die praktische Tätigkeit der Gewerkschaften zu erkennen, sondern vornehmlich auch durch die unaufhaltsame Einflußnahme auf die Gesetzgeber und die Parlamente in Kommune, Staat und Reich. Die staatliche Erwerbslosenfürsorge, so unvollkommen sie zunächst auch noch sei und bei der demnächsten Schaffung des Gesetzes wesentlich verbessert werden würde, ist nur dem fortgesetzten Drängen der Gewerkschaften zu verdanken. Die geldlichen Aufwendungen unseres Verbandes sind der Kollegenschaft bekannt. Dankbar müsse der Beschluß des Verbandsvorstandes anerkannt werden, der der erwerbslosen Kollegenschaft eine besondere Weihnachtsunterstützung zuweist. Eine Ergänzung dieser Unterstützung habe die Zahlstelle Köln in der letzten Versammlung beschlossen. Wenn sich bei der herrschenden Not in den Familien der Erwerbslosen die auszuzahlenden Beträge für den einzelnen auch bescheiden ausnehmen, so bedeutet die Gesamtausgabe seitens des Verbandes wie der Zahlstelle doch einen beträchtlichen Aufwand. Die beste Unterstützung sei jedenfalls die baldige Beschaffung von Arbeitsmöglichkeit, die sich die Ortsverwaltung in Verbindung mit dem Ortsausschuß stets angelegen sein lassen werde. Nach ergänzenden Mitteilungen des Genossen Wacker über die Tätigkeit der Kölner gewerkschaftlichen Arbeitslosenkommission wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am 19. Dezember 1925 im Volkshause versammelte erwerbslose graphische Hilfsarbeiterschaft Kölns spricht der Organisation wärmsten Dank für die Weihnachtsunterstützung aus. Gleichzeitig richtet die Versammlung an die in Arbeit stehende Kollegenschaft und die Geschäftsleitungen der Buch- und Steindruckereien Kölns das dringende Ersuchen, in der Jetztzeit möglichst jede Ueberstunde zu vermeiden und im Bedarfsfalle lieber Erwerbslose einzustellen, selbst dann, wenn nur kurze Aushilfen in Frage kommen. Mit allem Nachdruck erwartet die Versammlung, bei Wiederbelebung des Gewerbes, daß Neueinstellungen nur durch den Facharbeitsnachweis vermittelt und Berufsfremde dem Gewerbe nicht mehr wahllos zugeführt werden, sondern in jedem Falle die erwerbslose graphische Hilfsarbeiterschaft berücksichtigt wird."

Im Anschluß an die Versammlung wurden die Unterstützungen ausgezahlt. Reichen sie auch nicht zur entfernten Befriedigung der vielbefungenen „seligen und fröhlichen Weihnachtszeit", die Hilfe der Organisation wurde aber von allen dankbar anerkannt, und die organisierte Kollegenschaft weiß, den dürftigen Arbeitslosen einen kleinen Lichtblick verschafft zu haben. — Und wie und wo berichten die Unorganisierten über die Verwendung ihrer gesparten Beitragsgroschen...?

Leipzig. Allgemeine Mitgliederversammlung am Montag, den 21. Dezember 1925, im Restaurant „Pantheon". Kollege Beyer betont eingangs, daß im Hinblick auf die sich fortgesetzt steigernde Zahl von Betriebsstillegungen und die überall bestehende Kurzarbeit, verbunden mit zahllosen Entlassungen und zuletzt noch durch den Antrag der Steindruckprinzipale auf 10 Proz. Lohnabbau die gesamte Kollegenschaft in eine Situation versetzt worden ist, die ein festes Zusammenhalten und einmütiges Kämpfen bitter notwendig macht. Hierauf folgt ein Bericht über die Lohnverhandlungen im Buchdruckgewerbe. Die Versammlung erhebt nach Kenntnisnahme in einer Entschließung schärfsten Protest gegen den gefällten Spruch. Sie beauftragt die Organisationsleitung, weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen. Dann geht Kollege Beyer zu der Sachlage im Schriftgießereigewerbe über und führt aus, daß hier die Unternehmer noch weiter gegangen seien und einen Lohnabbau vor allem wieder für das Hilfspersonal durchsetzen wollen. Nachdem in dreitägigen Verhandlungen eine Klärung nicht herbeigeführt werden konnte, haben die Arbeitervertreter in einer Erklärung gefordert, daß der bestehende Manteltarif um ein Jahr weiterhin Geltung haben soll. Ueber die Entlohnungsfrage haben sich die Arbeitervertreter zurzeit alle weiteren Schritte vorbehalten. Für die Kollegenschaft der Firma Schelter u. Giesecke kam es nicht unerwartet, daß diese Firma wiederum versucht, aus dem Rahmen des Tarifvertrages herauszukommen, um ihrer Belegschaft nicht das zuzugestehen, was schließlich im ganzen Deutschen Reich als Norm und Richtlinie gilt. Ob bei der Austrittserklärung der Firma Schelter u. Giesecke aus dem Verein Deutscher Schriftgießereien nicht wieder ein Manöver gemacht wird, wie es bereits schon einmal der Fall war, läßt sich zur Stunde nicht feststellen. Die Schelter u. Giesecksche Kollegenschaft hat aber aus den bisherigen Erfahrungen gelernt und wird zu geeigneter Zeit alle Maßnahmen ergreifen, die dazu angetan sind, auch den Starrsinn dieser Firma zu brechen. Weiterhin führt der Referent aus, daß auch anderenorts das Bestreben vorliegt, die Messinglinienarbeiter nicht mehr zu tarifisieren. Diesem Ansinnen hat die gesamte Vertretung der Arbeiterschaft schärfsten Widerstand entgegengesetzt. Bis heute ist noch kein endgültiges Resultat gefällt worden, das jedoch in allernächster Zeit zu erwarten steht. Noch schlimmer stehen die Dinge im Steindruckgewerbe, da sich diese Prinzipale stets als Scharfmacher an die Spitze stellen möchten. Laut Vorstandsbeschluß ist der Steindrucktarif am 15. d. M. gekündigt worden, da versucht werden soll, die Entlohnung für das Steindruckhilfspersonal dem Buchdruck gleichzustellen. Kollege Beyer verliest hierauf die Kündigungsschreiben der Vorstandes und der Prinzipale. Der Lohnvorschlag der Unternehmer enthält für jede Sparte einen zehnprozentigen Lohnabbau, was größte Empörung und starke Zwischenrufe auslöst, so daß der Vorsitzende beruhigend einwirken muß. Beschlossen wird, daß keine Ueberstunden mehr geleistet werden dürfen. Die gesamte Kollegenschaft wird nochmals dringend ermahnt, sich geschlossen hinter die Organisation zu stellen und durch gemeinschaftliche und umsichtige Arbeit der Verbandsleitung die schweren Kämpfe zu erleichtern. Die Betiebsräte werden ermahnt, in Verhandlungen mit den Geschäftsleitungen vorsichtig zu sein und niemals etwas ohne Wissen der Organisation zu unternehmen. Angenommen wird nachstehende

Entschließung:

Das versammelte Steindruck-Hilfspersonal empfindet den unterm 15. Dezember von der Vereinigung Leipziger lithographischer Anstalten eingegangenen Antrag auf einen zehnprozentigen Lohnabbau als einen Schlag ins Gesicht.

Eine Preissenkung irgendeines Bedarfs- oder Gebrauchsartikels ist seit Vereinbarung der jetzt bestehenden Löhne keinesfalls eingetreten, wohl aber eine beständige Steigerung aller Waren trotz allem Geschrei vom Preisabbau.

Sie verlangen deshalb von ihrer Lohnkommission nicht Lohnabbau, sondern eine mindestens 10prozentige Lohnzulage.

Eingedenk, daß das Steindruckhilfspersonal immer noch unter der Entlohnung aller anderen graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen steht und die angeführten Preiserhöhungen immer weiter um sich greifen, ist diese Forderung mehr als gerechtfertigt, zumal auch die zu leistende Arbeit anderen Berufsgruppen nicht nachsteht, im Gegenteil noch mehr Sachenverschleis zu verzeichnen hat.

Das Hilfspersonal wird aus dieser Maßnahme die notwendigen Lehren ziehen und sich geschlossen hinter die Organisation stellen.

Zu einem Zwischenfall kommt es dann in der Versammlung durch ungerechtfertigte Vorwürfe des Kollegen Lindner gegen den Vorsitzenden. Der Kollege wird scharf von verschiedenen Rednern zurechtgewiesen.

Unter Hinweis auf die bevorstehenden schweren Kämpfe werden alle Mitglieder nochmals ermahnt, sich mit Treue und Vertrauen hinter die Organisation zu stellen, was mit Zurufen und Beifall fest versichert wird.

Kollege Beyer weist darauf hin, daß es durch die freudige Opferwilligkeit der gesamten Mitglieder möglich war, den Arbeitslosen, Kranken und Invaliden in einer schönen Weihnachtsfeier, die am Sonntag, den 20. Dezember, im Gesellschaftssaale des Volkshauses stattfand, einige frohe Stunden zu bereiten und diesen aus dem Produktionsprozeß ausgestoßenen Kollegen und Kolleginnen außer Speise und Trank auch noch eine Weihnachtsgabe in Höhe von 10 und 15 Mk. außer den vom Hauptvorstand bewilligten Mitteln zu geben. Allen Verbandsmitgliedern, die ihr Scherflein beigetragen haben, sowie den Funktionären und den Vorstandsmitgliedern, die dieser Feier beiwohnten und allen denjenigen, die mitgeholfen haben, wird wärmster Dank im Namen der Arbeitslosen und Kranken sowie Invaliden ausgesprochen. Kollege Beyer gibt weiter bekannt, daß in einer Kartellversammlung die Frage aufgeworfen wurde, ein Ferienheim zu erwerben. Jedes Mitglied muß aber einen Beitrag von 60 Pf. zusteuern. Kollege Beyer betont, daß der Vorstand im Prinzip mit der Erwerbung einverstanden ist und bittet die Mitgliedschaft, in Anbetracht der erheblichen Vorteile dem Antrage zuzustimmen. Eine Abstimmung ergibt danach auch die Annahme des Antrages zur Erwerbung des Ferienheims gegen 7 Stimmen. Der gesamten Mitgliedschaft wird neben verschiedenen dringenden Ermahnungen noch anheimgegeben, die Leistung von Ueberstunden einzustellen. Mit dem Wunsche auf ein frohes Weihnachtsfest schließt Kollege Beyer die Versammlung.

Rundschau.

Erwerbslose, gebt acht! Die Not der erwerbslosen Massen steigt von Tag zu Tag. Die Gewerkschaften sind aufs äußerste bemüht, diesem Elend wenigstens einigermaßen entgegenzuwirken. Für den Erwerbslosen selbst bleibt das Bitterste über, zu warten! Da ist es kein Wunder, wenn heute die Partei mit den Parolen wieder auf den Plan tritt, um das Elend der Erwerbslosen zu mißbrauchen. In allen Städten werden „Demonstrationszüge" veranstaltet. Die Arbeitslosen sollen an die „Kundgebungen" gewöhnt werden. Es folgen Umzüge durch die Stadt, durch die Geschäftsstraßen. Wie ein Sprechchor schallt es: „Hunger!" — „Hunger!" — „Arbeit!" — „Nieder!" Bis dann eines Tages Unbesonnene oder gar Provokateure zur Plünderung übergehen! Schaufenster klirren, Massenansammlung, Räuberei, die Polizei schreitet ein...

Und das Ende? Landfriedensbruch, Zusammenrottung, Raub! Die Anführer haben sich meistens früh genug in Sicherheit gebracht. Der verführte Prolet wird verhaftet, angeklagt, verurteilt. So ist es in den vergangenen Jahren so oft geschehen, und so ist es in diesem Jahre wiederum geplant. Darum, Kollegen, hütet euch. Der Staatsanwalt braucht bei euch keine Diebesbeute zu finden. Neugieriges Zusehen ist Zusammenrottung, ist Landfriedensbruch und wird mit schweren Gefängnisstrafen belegt!

Der Reichstarif gekündigt. Vom Deutschen Buchdrucker-Verein ging unter dem 28. Dezember die Kündigung des Reichstarifs für das Buch- und Zeitungsdruckereihilfspersonal ein. Der B. B.-V. schreibt:

„Da sich der Reichstarif für das deutsche Buch- und Zeitungsdruckerei-Hilfspersonal für unsere Mitglieder immer mehr als untragbar herausgestellt hat, sehen wir uns gezwungen, den unter dem 24. Januar 1925 getätigten Tarif hiermit zum 28. Februar 1926 zu kündigen."

Mit der durch die Kündigung geschaffenen Sachlage werden wir uns in nächster Nummer beschäftigen.

Der Buchdruckertarif verlängert. Die Gehilfenorganisationen und der D. B.-V. haben sich verständigt, „mit Rücksicht auf die wenig übersichtlichen Verhältnisse, die die Zukunft dem Buchdruckgewerbe bringen wird," so schreibt die „Zeitschrift", den Manteltarif für die Gehilfen um drei Monate bis 28. Mai 1926 zu verlängern. Die Last des Gehilfentarifs ist also den Mitgliedern des D. B.-V. nicht zu schwer.

Allgemeinverbindlich erklärt wurde von der Reichsarbeitsverwaltung der Api-Vertrag und der mit dem Verband Deutscher Buchbindereibesitzer abgeschlossene Tarif. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. Dezember 1925.

Abrechnungen.

In der Woche vom 21. bis 26. Dezember 1925 ging bei der Hauptkasse folgende Zahlung ein:

Abschlagszahlung für 4. Quartal 1925 **Gau Thüringen** 2000 Mark.

Berlin, 28. Dezember 1925.

H. Lodahl.

Für die Woche vom 3. bis 9. Januar ist die Beitragsmarke in das mit 1 bezeichnete Feld des Mitgliedbuches zu kleben.

Unserem lieben Kollegen **Johann Dietenhöfer** zu seiner Verlobung mit Fräulein **Karoline Müller** nachträglich die **besten Glückwünsche.**

Zahlstelle Kaiserslautern.

Unseren lieben Kolleginnen **Anna Holm** und **Erna Stahnke** zu ihrer **Vermählung** nachträglich die **besten Glückwünsche.**

Zahlstelle Stralsund.

Unserer allbeliebten Kollegin, dem langjährigen Mitglied und jetzigen Funktionärin **Anna Weichhold** nebst ihrem lieben Bräutigam Arthur Herrmann zu ihrer **Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.**

Die Kollegenschaft der Firma Ernst Hedrich Nachf.

Zu der stattgefundenen **Vermählung der Paul Lotz'schen** Eheleute die **herzlichsten Glück- und Segenswünsche.**

Zahlstelle Glogau.

STERBETAFEL

Am 11. Dezember 1925 verschied nach 1½jähriger schwerer Krankheit unsere liebe Kollegin

Anna Müller

im Alter von 45 Jahren, zuletzt tätig in der Firma M. Prescher.

Wir werden ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Zahlstelle Leipzig.

Verantwortlich für Redaktion: K. Schulze, Charlottenburg, Meerscheidtstraße 16. Fernspr.: Amt Westend 1328. Verlag: H. Lodahl, Charlottenburg. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.

---

seinen Füßen angelangt; er unterhielt sich mit dem Straßenpflaster. Er sagte:

„Ich gehe heim. Ich tue niemandem etwas. Ich bin ein Handwerker, und ich geh' jetzt heim."

Es fiel ihm so schwer, heim zu gehen, daß er davon redete. Sie rempelten ein wenig gegen ihn an und lachten, weil er, um nicht zu stürzen, eine ganze Strecke vorwärts laufen und Zeit gewinnen mußte, um seine Körperschwere wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Er hielt inne, um seine Kräfte zu sammeln, sie anzusehen und ihnen zu erklären:

„Ich gehe heim. Ich tue niemandem etwas. Ich bin ein Handwerker und geh' heim."

Er mußte für die andern herhalten. So, so, sie wollten die Apachen töten, sie da! Loulou nahm da das Wort:

„Du willst uns umbringen, du Schwein!"

Es kam ihnen ein Einfall:

„Wenn wir ihn ein wenig ritzen, um ihm Mut zu geben!"

Sie zogen ihre Messer heraus, ließen den Stöpsel in ihrer Tasche und gaben ihm fürs erste ein paar leichte Stiche in den Rücken. Sie hatten dabei ein Gefühl, als ob sie die ganze Gesellschaft träfen und sich an ihr rächten. Es geschah etwas, was sie nicht dulden konnten. Es war wie ein Protest der Gesellschaft: Der Mann fing an zu schreien. Er schrie so laut, der Lump. Was! Aufbegehren wollte der auch noch! Loulou würde seiner gleich Herr werden, nur Geduld. Er wiederholte:

„Du willst uns töten, du Schwein!"

Er schwang das Messer und stieß es in den Rücken des Betrunkenen. Die Klinge war gut geschliffen. Sie drang tief hinein. Der Mann stürzte.

Loulou nahm sich noch Zeit, seine Waffe am Rock des Verwundeten abzuwischen. Dann steckte er sie in die Tasche, und bog mit seinem Freunde Bébert ruhigen Schrittes links in eine kleine Seitengasse ein und lenkte seine Schritte nach der Rue Saint-Jaques zurück.